

Unterlagen zur Präsentation von Ergebnissen zum Forschungsprojekt

Doppelstaatsbürgerschaft: politischer Spaltpilz oder Instrument sozialer und übernationaler Integration?

Ort: Cafe Prückel, 1010 Wien, Stubenring 24

Zeit: Mittwoch, 23. Oktober 2019, 10.00 Uhr

Inhalt

Max Haller, Doppelstaatsbürgerschaft als aktuelles und brisantes Problem.

Einleitung

Günther Pallaver, Die Südtiroler sind nicht an der österreichischen Staatsbürgerschaft interessiert. Ergebnisse einer neuen Umfrage

Jürgen Em, Auslandsösterreicher stark an Doppelstaatsbürgerschaft interessiert. Ergebnisse einer neuen, weltweiten Umfrage

Rainer Bauböck, Doppelstaatsbürgerschaften werden international immer häufiger akzeptiert. Ein internationaler Vergleich

Projekträger:

Auslandösterreicher-Weltbund, Wien/ Bonn/ London

Michael Gaismair Gesellschaft/ Società Michael Gaismair, Bozen/ Bolzano

Wiener Gesellschaft für Soziologie, Wien

Doppelstaatsbürgerschaft als aktuelles und brisantes Problem.

Einleitung zur Präsentation zweier Umfragen zum Thema bei Südtirolern und bei Auslandsösterreichern

Von Max Haller, em. Professor für Soziologie der Universität Graz und Obmann der Wiener Gesellschaft für Soziologie

Für die soziale und politische Integration der Menschen in modernen Gesellschaften ist der Besitz einer Staatsbürgerschaft des Landes, in dem man lebt, von essentieller Bedeutung. Als Folge zunehmender Migration gibt es heute weltweit Hunderte Millionen Menschen, die keine Bürgerschaft ihres Wohnsitz-Staates besitzen. Sie sind damit von der aktiven politischen Teilnahme, aber auch von manch anderen sozialen Rechten ausgeschlossen. Für Österreich ist dieses Problem aus mehrfacher Hinsicht von hoher Aktualität. Derzeit sind knapp 16% der österreichischen Wohnbevölkerung Ausländer (einer der höchsten Anteile in der Europäischen Union), in Wien sogar 30%; jährlich kommen hierzulande rund 19.000 Kinder als „Ausländer“ zur Welt. Bei Wahlen zum Nationalrat sind über eine Million Menschen, die z.T. schon lange in Österreich leben, nicht wahlberechtigt.

Auf der anderen Seite gibt es über eine halbe Million Auslandsösterreichern, von denen sich ebenfalls viele weiterhin als Österreicher fühlen; viele von ihnen nehmen an Wahlen in Österreich teil. Eine große Zahl könnte sich in ihren Wohnsitzländern einbürgern lassen und sind auch daran interessiert. Österreich würde in diesem Fall jedoch die österreichische Staatsbürgerschaft entziehen.

Es gibt noch einen dritten Aspekt, der hier wichtig ist – tatsächlich bildete dieser den Anstoß zur Durchführung unseres Forschungsprojektes. Die am 18.12.2017 angetretene österreichische Bundesregierung unter Sebastian Kurz stellte in ihrem Arbeitsprogramm die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft (zusätzlich zur italienischen) an deutsch- und italienischsprachige Südtiroler in Aussicht. Dieses Angebot, von der Südtiroler Politik zunächst sehr positiv aufgenommen, verlor im Zuge der Diskussion über seine möglichen Folgen allerdings deutlich an Attraktivität. Dies zeigte sich u.a. auch im schlechten

Abschneiden jener Parteien, die den Plan massiv unterstützt hatten, bei den Südtiroler Landtagswahlen im letzten Jahr. Er ist damit aber trotzdem nicht vom Tisch. So gab es im österreichischen Parlament im letzten Jahr eine neuerliche Anfrage und Diskussion zum Thema.

Wir als Sozialwissenschaftler orientieren uns grundsätzlich nicht am tagespolitischen Auf und Ab öffentlicher Diskussionen und betrachten das Thema weiterhin als hochaktuell. Dies nicht zuletzt deswegen, weil es konkrete Aktionen zur zusätzlichen Verleihung der eigenen Staatsbürgerschaften an Minderheiten in anderen Ländern bereits in mehreren europäischen Ländern gab, einschließlich Italiens selbst. Außerdem gibt es einen weltweiten Trend zur Verleihung von Doppelstaatsbürgerschaften. Man kann sagen, dass Doppelstaatsbürgerschaft ein möglicher Weg ist um MigrantInnen die Teilhabe an beiden Gesellschaften zu ermöglichen, denen sie sich zugehörig fühlen. Anders sieht es allerdings aus bei der kollektiven Verleihung an solche Staatsbürgerschaften an die dem eigenen Staat verwandten ethnisch-nationalen Minderheiten im benachbarten Ausland. Die Personen, die davon profitieren würden, haben ja vielfach nur geringe Beziehungen zu ihrem „Vaterland“; außerdem führen solche Aktionen oft zu diplomatisch-politischen Verwicklungen. Die Staaten, in denen solche Minderheiten leben, betrachten die Verleihung der Staatsbürgerschaft einer externen Schutzmacht oft als Infragestellung ihrer territorialen Integrität oder ihres internen Minderheitenschutzes.

Aufgrund all dieser Sachverhalte entschlossen wir uns, ein breit angelegtes, sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt zum Thema der Doppelstaatsbürgerschaft in Angriff zu nehmen. Dabei wollten wir vor allem die Meinungen und Wünsche der betroffenen Bevölkerungsgruppen selbst einholen, an denen sich die Politik ja letztendlich orientieren muss. Gerade beim Thema der Verleihung von Staatsbürgerschaften oder auch deren Erschwerung werden Zielsetzungen und Maßnahmen vielfach mit dem Hinweis auf angebliche Präferenzen oder sogar „Herzenswünsche“ der Bevölkerung gerechtfertigt. Fundierte, methodisch einwandfreie und unabhängige Erhebungen zu diesem Thema gibt es jedoch kaum. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, im Rahmen unseres Forschungsprojektes die deutsch- und italienischsprachigen Südtiroler, die Auslandsösterreicher und die Ausländer in Österreich zu befragen. Die beiden erstgenannten Erhebungen wurden nun bereits durchgeführt und wir können Ihnen hier erstmals die Befunde präsentieren.

Die Ergebnisse der Südtiroler Umfrage werden dargestellt von Günther Pallaver, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck und Vorsitzender der Michael-Gaismair-Gesellschaft in Bozen.

Die Befunde zur Umfrage unter den Auslandsösterreichern präsentiert Dr. Jürgen Em aus Bonn, Präsident des Auslandsösterreichischer-Weltbundes.

Abschließend wird Rainer Bauböck, Professor am *Robert Schuman-Centre des European University Institute* in Florenz neue Daten zu den globalen Trends im Hinblick auf die Toleranz der Doppelstaatsbürgerschaft präsentieren.

Wir werden uns bemühen, die Ausführungen knapp zu halten, sodass ausreichend Zeit für Fragen bleibt. Außerdem finden Sie auf Ihren Plätzen detaillierte Ergebnisse zu beiden Umfragen.

Die Südtiroler sind nicht an der österreichischen Staatsbürgerschaft interessiert. Ergebnisse einer neuen Umfrage

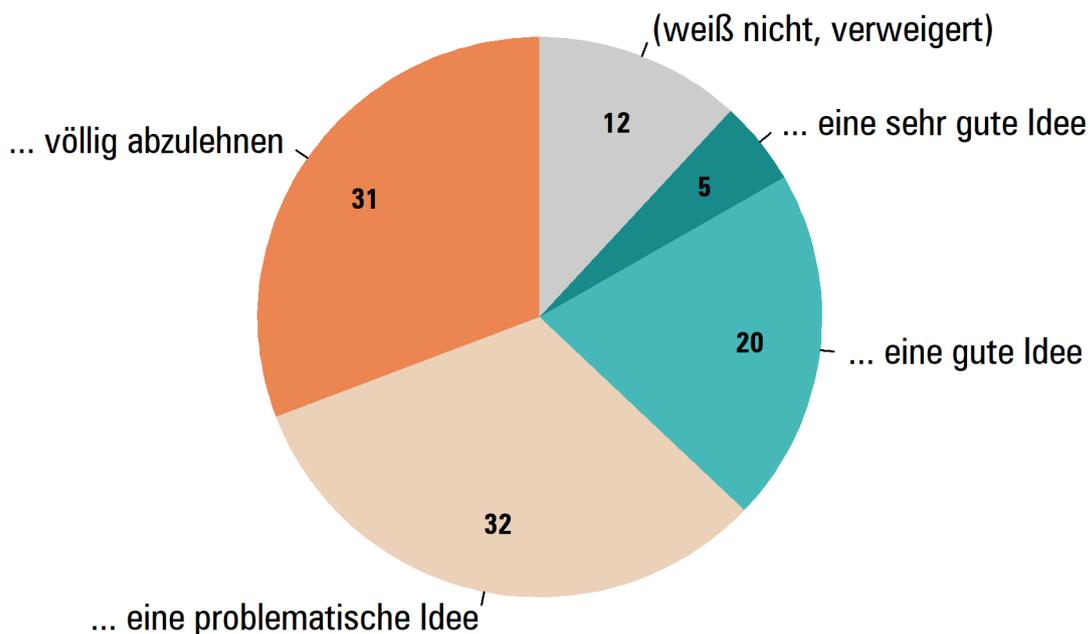
Die ÖVP-FPÖ-Regierung (2017-2019) hatte in ihrem Regierungsprogramm für die Südtiroler*innen deutscher und ladinischer Muttersprache in Aussicht gestellt, die österreichische Staatsbürgerschaft zusätzlich zur italienischen zu erwerben. Um die wirkliche Einstellung der Südtiroler Bevölkerung zu diesem Vorschlag zu erfahren, wurde im Auftrag der Michael Gaismair Gesellschaft Bozen vom Institut für Sozialforschung und Demoskopie apollis in Bozen im Frühjahr 2019 eine repräsentative Stichprobe von Südtiroler*innen befragt. Das gesamte Forschungsprojekt stand unter der Leitung von em. Univ.-Prof. Dr. **Max Haller**, Dr. **Hermann Atz**, Univ.-Prof. DDr. **Günther Pallaver** und Univ.-Prof. Dr. **Francesco Palermo**.

Die Ergebnisse im Hinblick auf die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft sind eindeutig:

1. Keine allzu gute Idee für die große Mehrheit

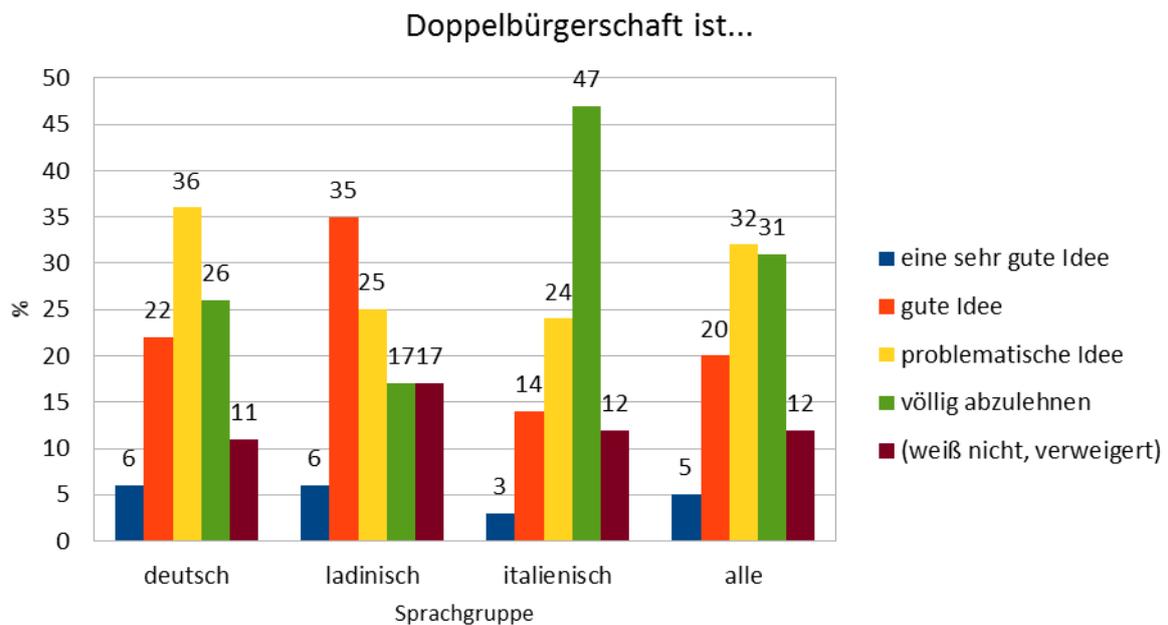
Nur ein Viertel (25%) der Befragten halten die Doppelstaatsbürgerschaft für eine sehr gute oder gute Idee, 32% finden, es sei eine problematische Idee, und fast ein Drittel (31%), sie sei überhaupt abzulehnen. Das bedeutet, dass **nahezu zwei Drittel (63%) der Südtiroler Bevölkerung der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler*innen deutscher und ladinischer Muttersprache grundsätzlich eher skeptisch bis negativ gegenüberstehen.**

Doppelstaatsbürgerschaft ist ...



Aufschlüsselung nach Sprachgruppen

Hier zeigt die folgende Graphik, dass erwartungsgemäß die Angehörigen der italienischen Sprachgruppe der Idee der Doppelstaatsbürgerschaft mit großer Mehrheit (71%) kritisch gegenüber stehen, aber auch in der deutschen Sprachgruppe überwiegen die kritischen Stimmen mit 62% deutlich. (Die Ergebnisse für die ladinische Sprachgruppe werden zwar ausgewiesen, sind jedoch aufgrund der geringen Fallzahl mit erheblicher Schwankungsbreite behaftet.)

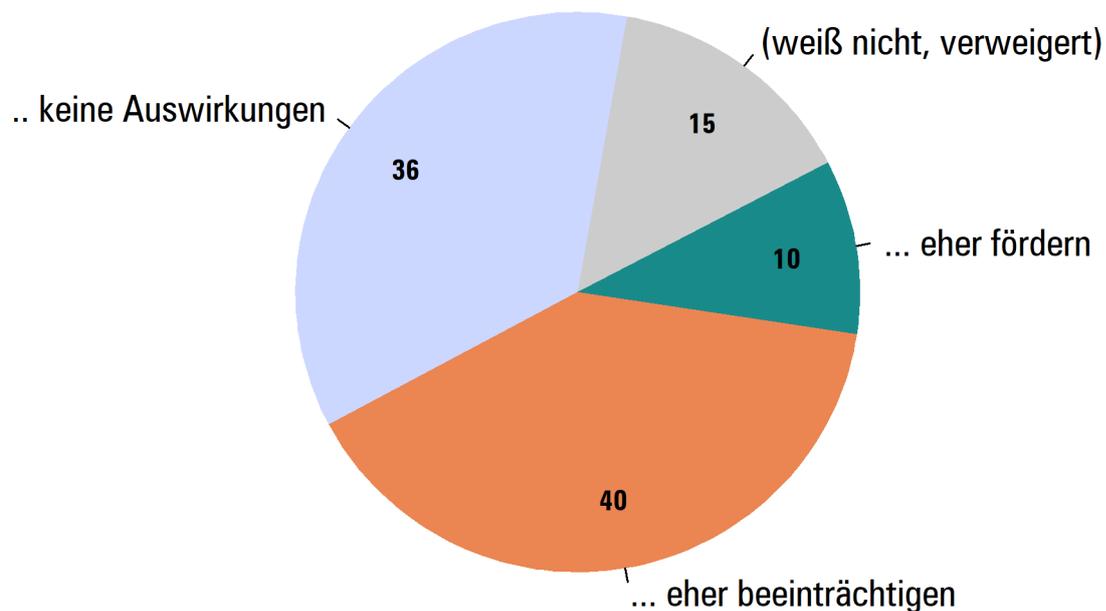


* Aufgrund von Rundungen kann die Summe der Prozentwerte um 1-2 Prozentpunkte von 100 abweichen.

2. Vermutete Auswirkungen der Doppelstaatsbürgerschaft auf das Zusammenleben in Südtirol

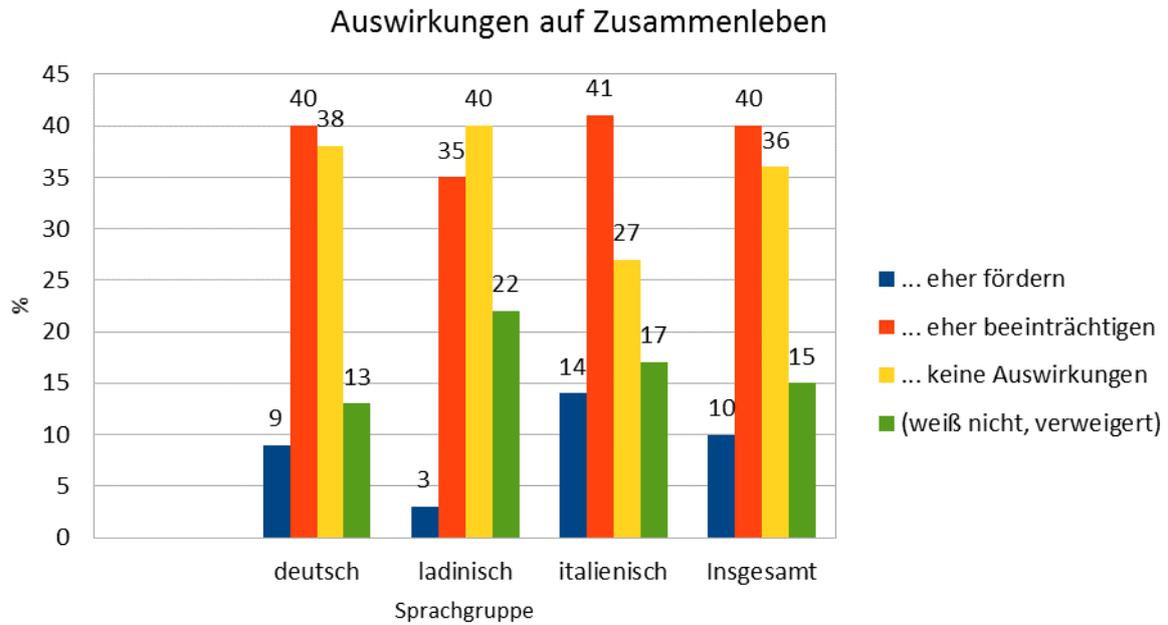
Eine deutlich ablehnende Haltung der Südtiroler*innen zur kollektiven Verleihung der Doppelstaatsbürgerschaft kommt auch zum Ausdruck, wenn man nach ihren Auswirkungen für das Zusammenleben in Südtirol fragt. Insgesamt sind nur 10% der Meinung, dieses würde dadurch gefördert, jedoch 40%, es würde Beeinträchtigungen erleiden; 36% sehen keine Auswirkungen, weitere 15% wollen keine Einschätzung dazu abgeben.

Auswirkungen auf Zusammenleben



Aufschlüsselung nach Sprachgruppen

Bemerkenswert ist, dass es auch hier kaum nennenswerte Unterschiede nach Sprachgruppen gibt: auch bei den Deutschsprachigen erwartet nur ein Minderheit positive Auswirkungen (9%), bei den Italienischsprachigen sind es 14%. Der Anteil derer, die negative Folgen erwarten („eher beeinträchtigen“), ist in den beiden Sprachgruppen nahezu gleich groß (rund 40%).

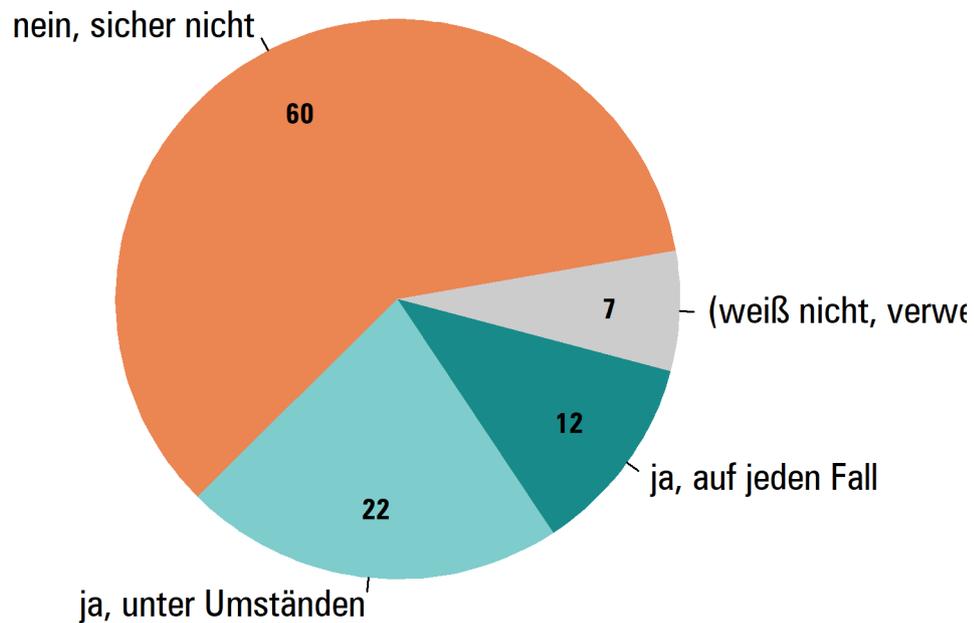


* Aufgrund von Rundungen kann die Summe der Prozentwerte um 1-2 Prozentpunkte von 100 abweichen.

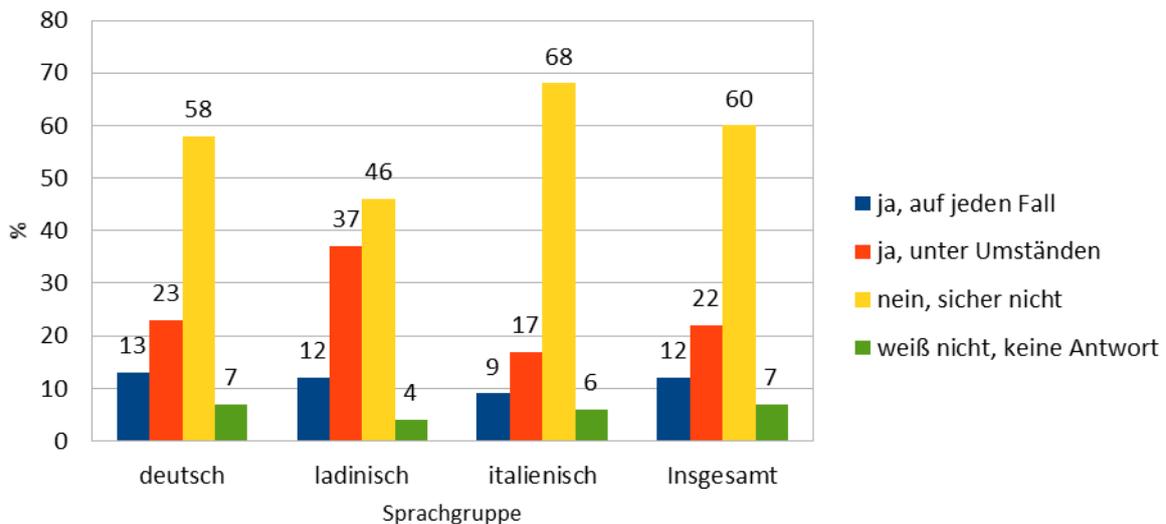
3. Die Befunde zur eventuellen Annahme des österreichischen Angebots zeigen:

12% der Befragten würden das Angebot einer österreichischen Staatsbürgerschaft auf jeden Fall in Anspruch nehmen, 22% unter Umständen, 60% würden das Angebot „sicher“ ausschlagen. Der Unterschied zwischen den Sprachgruppen fällt auch bei dieser Frage kaum ins Gewicht: **68% der Südtiroler italienischer und 58% deutscher Muttersprache würden sicher keinen Antrag stellen.**

Selbst Antrag stellen?



Würden sie selbst einen Antrag auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft stellen, wenn es möglich wäre?



* Aufgrund von Rundungen kann die Summe der Prozentwerte um 1-2 Prozentpunkte von 100 abweichen.

Ein Hinweis, dass den Südtiroler*innen die Frage der möglichen Auswirkungen der doppelten Staatsbürgerschaft bewusst ist, geht aus der Beantwortung folgender Frage hervor. Sie wurde nur an jene Gruppe von Befragten gerichtet, die sicher oder eventuell die österreichische

Staatsbürgerschaft beantragen würden: *„Würden Sie auf die zusätzliche österreichische Staatsbürgerschaft am Ende doch verzichten, wenn absehbar ist, dass diese Möglichkeit das friedliche Zusammenleben der Sprachgruppen gefährdet?“* Diese Frage bejahten 43% der Befragten mit „ja, auf jeden Fall“, weitere 27% mit „ja, unter Umständen“; nur 9% würden trotzdem darum ansuchen. Deutlich seltener mit „ja, auf jeden Fall“ antworten die deutschsprachigen Südtiroler (36% gegenüber 62% bei den **italienischsprachigen**); **zählt man aber jene dazu, die dies unter Umständen tun würden, verschwindet der Unterschied. Nicht darauf verzichten würden nur 11% der Deutsch- und 7% der Italienischsprachigen.**

Schlussfolgerungen

Anders als immer wieder behauptet, hat die überwiegende Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung nicht den Wunsch, zusätzlich die österreichische Staatsbürgerschaft zur italienischen verliehen zu bekommen. Sie steht einer solchen kollektiven Verleihung vielmehr sehr skeptisch gegenüber, nicht zuletzt deshalb, weil sie darin eine Gefahr für das Zusammenleben sieht. Dabei gibt es – und dies ist ein Hauptbefund dieser Studie – kaum Unterschiede zwischen den deutsch-, ladinisch- und italienischsprachigen Südtirolern und Südtirolerinnen.

Zur Methodik der Umfrage

Die Umfrage wurde koordiniert durch die Michael-Gaismair-Gesellschaft Bozen und durchgeführt von apollis – Institut für Sozialforschung und Demoskopie, Bozen. Grundgesamtheit waren alle italienischen Staatsbürger*innen mit Wohnsitz in Südtirol ab 18 Jahren. Es wurde eine geschichtete Zufallsauswahl durchgeführt (disproportional nach dem Anteil der italienischen Sprachgruppe in einer Gemeinde); befragt wurden insgesamt 700 Personen, darunter 446 Angehörige der deutschen Sprachgruppe, 217 Angehörige der italienischen Sprachgruppe und 33 Angehörige der ladinischen Sprachgruppe (1 Befragter gehört einer anderen Sprachgruppe an, drei verweigerten die Angabe).

AUSLANDSÖSTERREICHER-WELTBUND (AÖWB)
1010 Wien, Postgasse 6, Tel. +43 1 533 52 86, Fax: +4
E-Mail: office.wien@weltbund.at; Homepage: www.weltbund.at

Auslandsösterreicher sind stark an Doppelstaatsbürgerschaft interessiert. Ergebnisse einer neuen, weltweiten Umfrage

Von Dr. Jürgen Em, Präsident des AUSLANDSÖSTERREICHER-WELTBUNDES

Vom 11. September 2019 bis 16. Oktober 2019 hat der **Auslandösterreicher- Weltbund** eine für alle Auslandsösterreicher und Auslandsösterreicherinnen offene Umfrage zum Thema Staatsbürgerschaft durchgeführt.. Gefragt wurde unter anderem nach der Relevanz einer Staatsbürgerschaft, nach dem Interesse an einer Doppelstaatsbürgerschaft und nach dem Wissen über die Voraussetzungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft des Gastlandes und der Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft. Die Befunde der Umfrage geben ein klares Bild von den Präferenzen der Befragten.

Die große Mehrheit der Befragten (70%) lehnt die Nichtgewährung einer Doppelstaatsbürgerschaft stark ab; nimmt man jene dazu, die dies „eher“ ablehnen, sind es 85% (Abbildung 1). Ebenso viele befürworten stark, dass ÖsterreicherInnen im Ausland der Zugang zur Doppelstaatsbürgerschaft erleichtert werden sollte und fast 90% sind der Meinung, dass die Staatsbürgerschaft ein wichtiges Zeichen der Zugehörigkeit zu einem Land ist (Abbildung 1).

65% der Befragten sind am Erwerb der Staatsbürgerschaft ihres Aufenthaltslandes interessiert, allerdings nur dann, wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaft beibehalten können (Abbildung 2). Die Hauptgründe für das Interesse an Doppelstaatsbürgerschaft sind, dass das Aufenthaltsland zur zweiten Heimat geworden ist,

man auch an Wahlen im Aufenthaltsland teilnehmen und mehr Rechte im Aufenthaltsland haben möchte.

Über 60% der Auslandsösterreicher und Auslandsösterreicherinnen haben sich schon erkundigt, was die Voraussetzungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft im Aufenthaltsland sind und fast 70% erfüllen diese bereits (Abbildung 3,ab). Jedoch scheinen das Verfahren und der Prozess zur Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft für den Großteil sehr kompliziert zu sein.

Die Umfrage bestand aus 24 Fragen. Es wurden um die 1000 Rückantworten erwartet. Das Ziel wurde weit übertroffen; tatsächlich haben über 2.400 Personen teilgenommen. Auch dies zeigt, dass viele Auslandsösterreicher und Auslandsösterreicherinnen noch weiter stark mit Österreich verbunden sind. Die Verteilung der Umfrage erfolgte über den AUSLANDSÖSTERREICHER-WELTBUND Online Newsletter, Facebook und Versand an die österreichischen Vereine im Ausland mit der Bitte um Weiterleitung.

Die meisten Rückantworten von Auslandsösterreichern und Auslandsösterreicherinnen kamen aus den Ländern Deutschland (23%), Großbritannien (15%), USA (13%) und Schweiz (10%). Die Hälfte der Befragten sind schon mehr als 20 Jahre im derzeitigen Aufenthaltsland. 80% der Befragten hatten vorher mindestens 20 Jahre in Österreich gelebt und 48% leben schon 20 Jahre oder länger im derzeitigen Aufenthaltsland (Abbildungen 5 und 6). Es handelt sich also um eine Gruppe mit starken biographischen Bindungen sowohl an Österreich als auch an das jeweilige Einwanderungsland.

Auf Grund der hohen Anzahl von Rückantworten und der eindeutigen Ergebnisse wurde von den Auslandsösterreichern und Auslandsösterreicherinnen ein klares Zeichen gesetzt. Wir interpretieren dies als Auftrag, dass sich der AUSLANDSÖSTERREICHER-WELTBUND für eine einfache, geregelte und gerechte Vorgangsweise einsetzen soll, wenn Auslandsösterreicher und Auslandsösterreicherinnen um die Beibehaltung der Österreichischen Staatsbürgerschaft bei Annahme einer fremden Staatsbürgerschaft ansuchen.

Abbildung 1: Zustimmung zu Aussagen über die Bedeutung der Staatsbürgerschaft und die Erleichterung der Doppelstaatsbürgerschaft

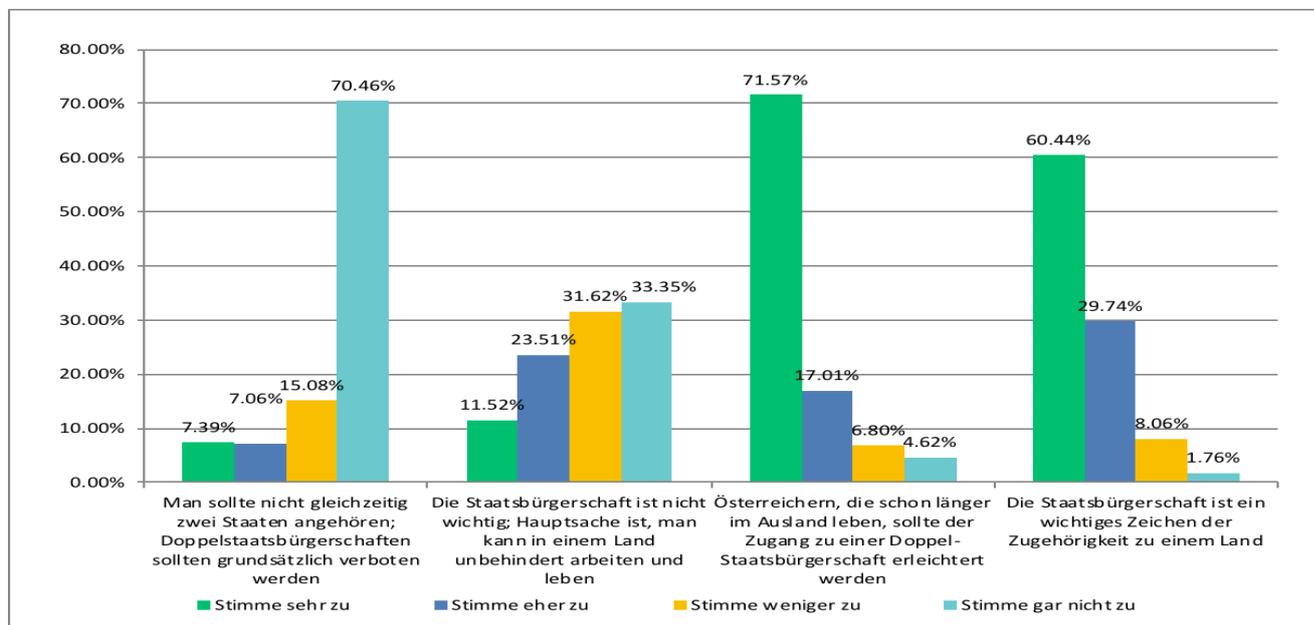


Abbildung 2: Interesse am Erwerb der Staatsbürgerschaft des Gastlandes

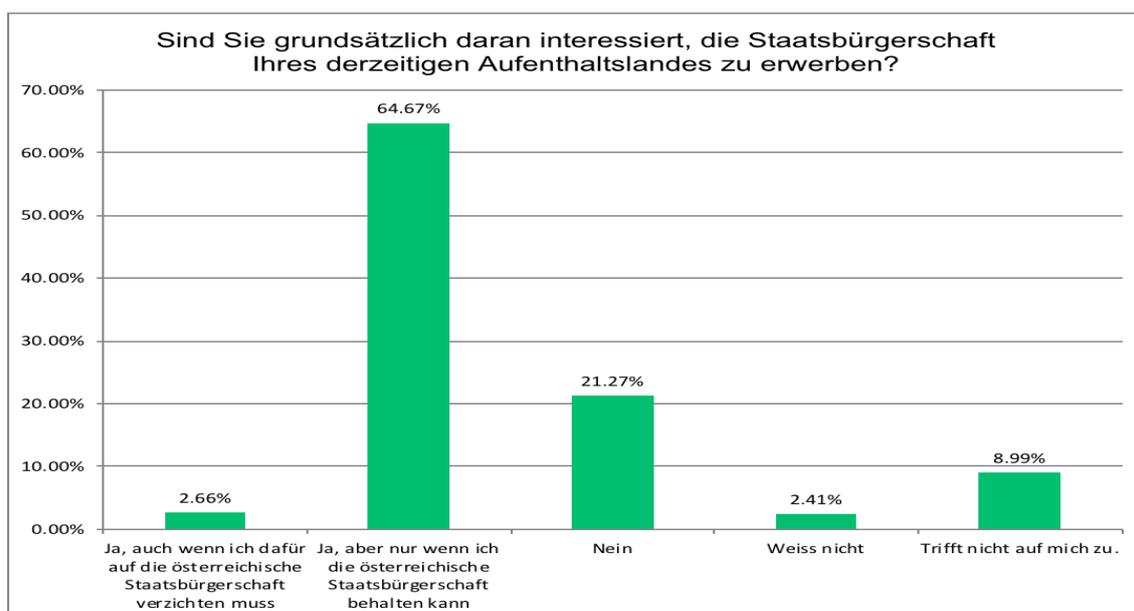


Abbildung 3 a,b: Aktivitäten und Wissen in Bezug auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft des derzeitigen Aufenthaltslandes

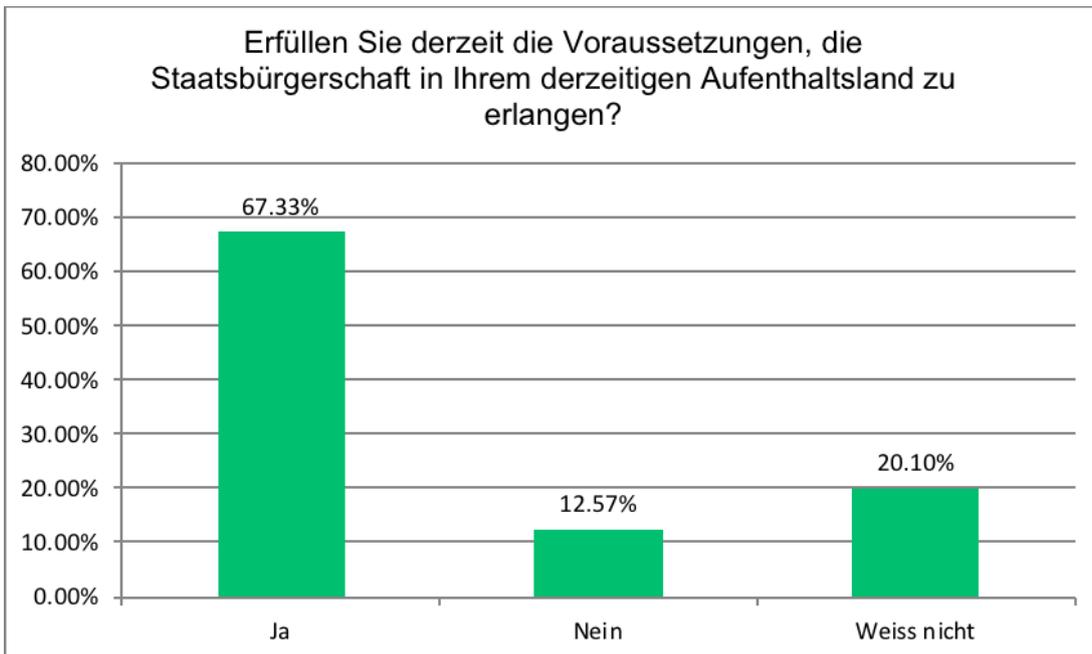


Abbildung 4a,b: Beurteilung des Verfahrens zum Erwerb einer Doppelstaatsbürgerschaft und Erwartungen an den Auslandsösterreicher-Weltbund

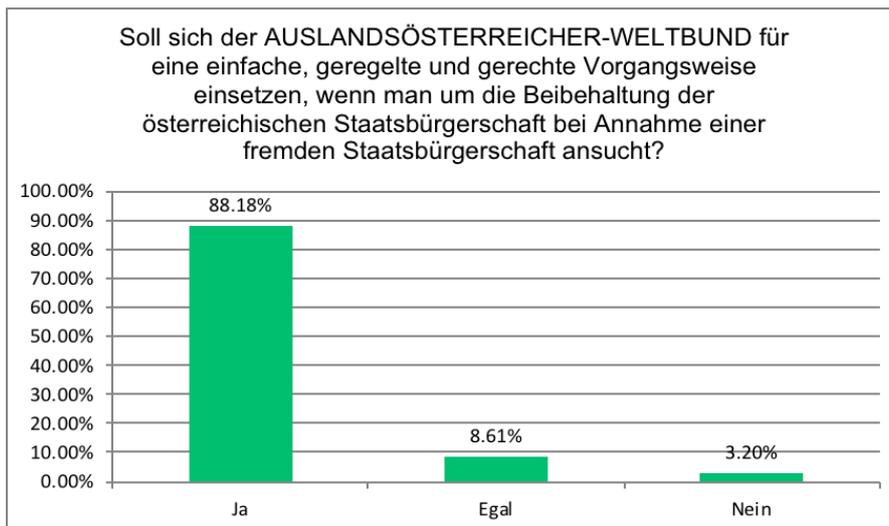
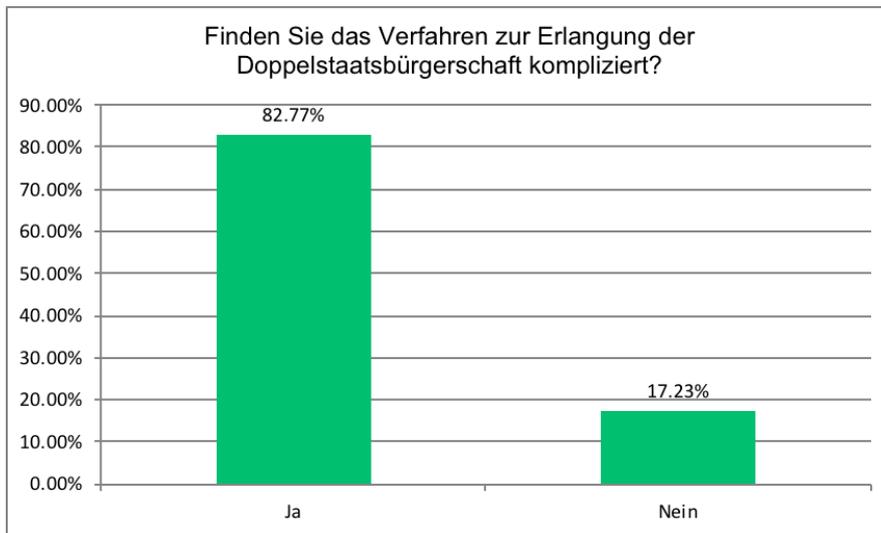


Abbildung 5: Daher des früheren Lebens in Österreich

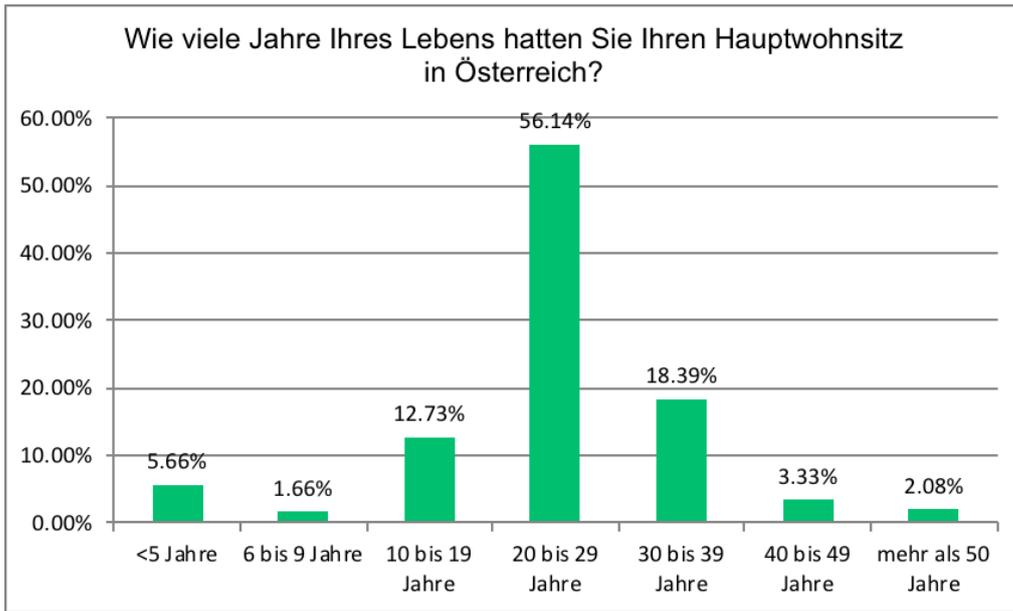
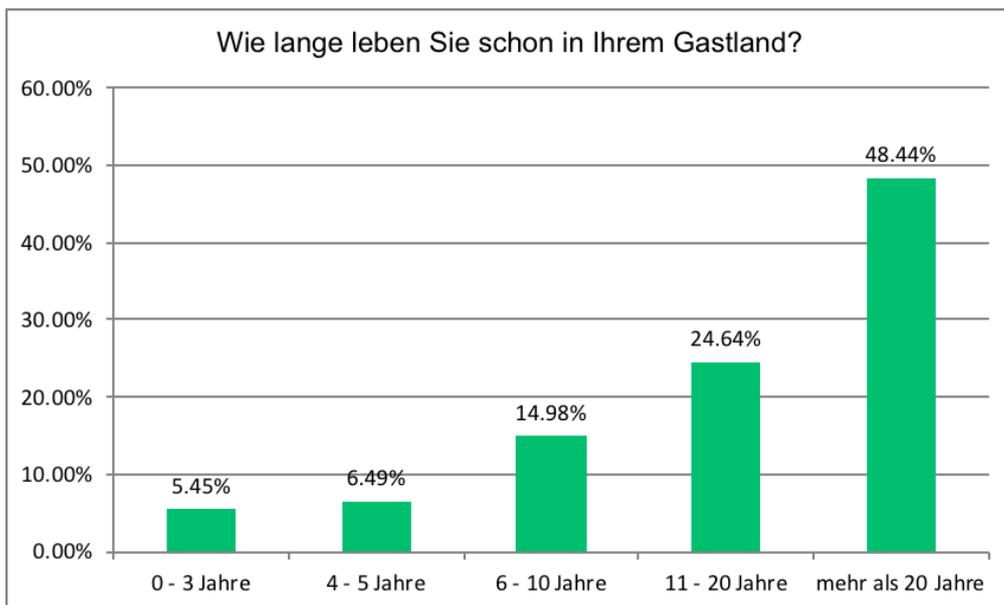


Abbildung 6: Dauer des Wohnsitzes im Gastland



Doppelstaatsbürgerschaften werden international immer häufiger akzeptiert. Ein internationaler Vergleich

Von Prof. Rainer Bauböck (European University Institute Florenz)

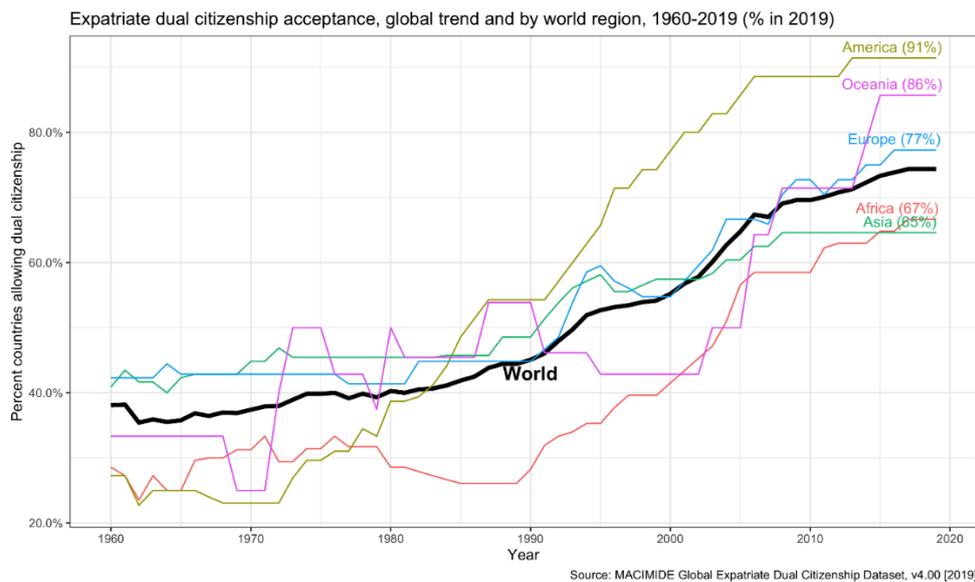
Seit den 1960er Jahren gibt es einen **globalen Trend zur Toleranz mehrfacher Staatsbürgerschaften**. In Europa zeigt sich dieser Trend auch darin, dass die meisten Staaten das Straßburger Abkommen zur Reduzierung von Doppelstaatsbürgerschaften aus dem Jahr 1963 aufgekündigt haben. Ab 1. Jänner 2020 gilt dieses Abkommen nur mehr zwischen den Niederlanden und Österreich. Österreich ist daher nicht mehr völkerrechtlich verpflichtet, Doppelstaatsbürgerschaften zu vermeiden.

Doppelstaatsbürgerschaft entsteht **bei Geburt**, wenn die Eltern unterschiedliche Staatsbürgerschaften haben oder ein Kind ausländischer Eltern in einem *jus-soli* Land geboren wird, in dem die Staatsbürgerschaft per Geburt im Territorium erworben wird. Das Europaratsabkommen über Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1997 verpflichtet die Unterzeichnerstaaten mehrfache Staatsbürgerschaft in diesen Fällen zu akzeptieren. Österreich hat dieses Abkommen ratifiziert und toleriert daher Doppelstaatsbürgerschaften für Kinder aus Ehen zwischen österreichischen und ausländischen Partnern sowie für die in einem *jus soli*-Staat geborenen Kinder von Auslandsösterreichern. In Österreich selbst gibt es das *jus soli* nur für Findlinge oder andere als Staatenlose geborene Kinder.

Doppelstaatsbürgerschaft entsteht zweitens, wenn eine fremde Staatsbürgerschaft erworben werden kann, ohne dass die bisherige entzogen wird. Dies betrifft in erster Linie (aber nicht nur) **Auswanderer**. Auslandsösterreichern, die eine fremde Staatsbürgerschaft annehmen, verlieren automatisch die österreichische, wenn ihnen nicht die Beibehaltung gestattet wurde. Das ist dann möglich, wenn ein besonderes Interesse der Republik vorliegt oder wenn besonders berücksichtigungswerte Gründe im Privat- und Familienleben vorliegen. Letzteres gilt allerdings nur für Abstammungsösterreichern und nicht für Eingebürgerte.

Anträge von Auslandsösterreichern auf Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft werden nur ausnahmsweise genehmigt. Eine Analyse des weltweiten Trends zeigt im Gegensatz zur österreichischen Gesetzeslage einen kontinuierlichen Anstieg der Toleranz von Doppelstaatsbürgerschaft für Auswanderer, wobei Europa weltweit gesehen im Mittelfeld liegt (vgl. Abbildung 1; gemessen wurde der automatische Verlust der Staatsbürgerschaft bei freiwilligem Erwerb einer fremden).

Abbildung 1: Der weltweite Trend zur Akzeptanz der Doppelstaatsbürgerschaft



Mehrfache Staatsbürgerschaft entsteht drittens, wenn bei der Einbürgerung nicht der Verzicht auf die bisherige Staatsbürgerschaft verlangt wird. Die betrifft primär in Österreich lebende **Einwanderer**. Österreich akzeptiert die Beibehaltung jedoch nur, wenn der Herkunftsstaat die Ausbürgerung grundsätzlich nicht erlaubt oder die Ausbürgerung (etwa aufgrund sehr hoher Kosten) nicht zumutbar ist. Mehrere europäische Staaten, die in der Vergangenheit ähnlich restriktiv waren wie Österreich, haben ihre Gesetze in dieser Hinsicht geändert und tolerieren nun Doppelstaatsbürgerschaft generell. Zuletzt waren das Luxemburg, Dänemark und Norwegen. Deutschland und die Niederlande halten grundsätzlich noch an der Vermeidung von Doppelstaatsbürgerschaft fest, akzeptieren sie jedoch bei mehr als der Hälfte der Einbürgerungen. Weltweit erlauben im Jahr 2016 63% von 175 untersuchten Staaten generell die Beibehaltung einer bisherigen Staatsbürgerschaft. 47% tolerieren Doppelstaatsbürgerschaft sowohl für Auswanderer als auch für Einwanderer. Nur mehr 18% (darunter Österreich) lehnen Doppelstaatsbürgerschaft in beiden Fällen ab.

Tabelle 2: Formen der Toleranz der Doppelstaatsbürgerschaft in 175 Staaten (Daten für 2016)

		Bei Erwerb einer fremden Staatsbürgerschaft		
		Nein	Ja	Gesamt
Bei Einbürgerung	Nein	32 (18%)	33 (19%)	65 (37%)
	Ja	27 (15%)	83 (47%)	110 (63%)
	Gesamt	59 (33%)	116 (66%)	175 (100%)

Daten: [GLOBALCIT](#) 2016, EUI, Florenz

Die folgenden von IOM erstellten Karten zeigen die weltweite Verbreitung der Toleranz von Doppelstaatsbürgerschaft im Detail. Siehe: <https://migrationdataportal.org/themes/citizenship-and-migration>

